

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Verwaltungsausschusses

Sitzungstermin: Montag, 07.04.2025
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 20:10 Uhr
Ort, Raum: Raum 28, Am Markt 1, 23966 Wismar

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name

Horst Krumpen

Bemerkung

Mitglieder

Name

Tilo Gundlack

René Fuhrwerk

Tom Brüggert

Ingolf Holst

Ronny Keßler

Sigfried Rakow

Jens-Holger Schneider

Sylke Woellert

Bemerkung

Vertretung für: Irmtraud Rakow

Verwaltung

Name

Michael Berkhahn

Jens Eggert

Michel Ohlerich

Andreas Raap

Petra Steffan

Marco Trunk

Bemerkung

Senator Dez. II

Amt 11

Amt 11

Amt 10

Gleichstellungsbeauftragte

Pressestelle

Abwesend

Mitglieder

Name

Irmtraud Rakow

Bemerkung

fehlte entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff
1	Einwohnerfragestunde
2	Begrüßung durch den Vorsitzenden
3	Eröffnung / Feststellung der Beschlussfähigkeit
4	Bestätigung der Tagesordnung
5	Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 03.03.2025
6	Beschlussvorlagen
6.1	Stadtanzeiger soll Kommunalpolitik näher bringen VOP/2024/0147
6.2	Wahlwerbung nur noch an vorgesehenen Flächen der Stadt VOP/2025/0214
6.3	Kostenfreies Parken für Schwerbehinderte mit blauem EU-Parkausweis auf beschränkten Parkplätzen VOP/2025/0225
6.4	Toiletteninfrastruktur in der Hansestadt Wismar VOP/2025/0240
6.5	Bestellung einer Gleichstellungsbeauftragten VO/2025/0292
7	Sonstiges <i>Sachstand über die Einführung der "Beschlusskontrolle"</i>

Nicht öffentlicher Teil

TOP	Betreff
8	Beschlussvorlagen
8.1	Verkauf eines Grundstückes VO/2025/0247
8.2	Abschluss eines EVB-IT-Servicevertrages mit dem Zweckverband Elektronische Verwaltung in Mecklenburg-Vorpommern VO/2025/0284
9	Sonstiges

Öffentlicher Teil

TOP
10

Betreff
Schließen der Sitzung

Protokoll

Öffentlicher Teil

Zu 1. Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende, **Herr Krumpen**, erkundigte sich, ob es Fragen, Vorschläge oder Anregungen gibt.

Das war nicht der Fall.

Zu 2. Begrüßung durch den Vorsitzenden

Herr Krumpen begrüßte die Anwesenden.

Zu 3. Eröffnung / Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Krumpen eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Die Mitglieder erklärten sich **einverstanden**, dass die Sitzung als Audio aufgezeichnet wird.

Zu 4. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde **einstimmig** bestätigt.

Zu 5. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 03.03.2025 ungeändert beschlossen

Wortmeldungen: keine

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig genehmigt

Ja-Stimmen: 7

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 2

Zu 6. Beschlussvorlagen

Zu 6.1. Stadtanzeiger soll Kommunalpolitik näher bringen

zurückgezogen

VOP/2024/0147

Frau Woellert (Fraktion liberale Liste FDP) führte in die Thematik ein und teilte mit, dass der Antrag dahingehend geändert wird, dass neben der Tagesordnung auch das Kurzprotokoll im Stadtanzeiger abgedruckt werden soll. Danach folgte die **Diskussion:**

Wortmeldungen: Herr Trunk, Herr Keßler, Herr Holst, Herr Krumpen, Herr Schneider, Herr Fuhrwerk, Herr Gundlack

Es wurde die Frage gestellt, was der HWI die zusätzliche Doppelseite im Stadtanzeiger kosten würde.

Herr Trunk konnte keinen genauen Betrag nennen.

Herr Trunk teilte weiterhin mit, dass lediglich ein Satz von 500 Exemplaren gedruckt und ausgelegt wird. Zudem wird das Kurzprotokoll der Bürgerschaftssitzung am Tag nach der Sitzung auf die verschiedenen Medien verteilt und als Pressemitteilung veröffentlicht.

Der Mehrwert, die Tagesordnung und das Kurzprotokoll im Stadtanzeiger abzubilden, wurde von vielen Mitgliedern nicht gesehen.

Die Mitglieder schlugen vielmehr vor, das Kurzprotokoll auf einfacher Weise auf der Website der HWI abzubilden, ohne dass erst über den Sitzungskalender der Bürgerschaft gegangen werden muss, um an die Informationen zu gelangen. Nach Auffassung der Mitglieder macht es Sinn, im Zuge der Überarbeitung der Website das Kurzprotokoll sichtbarer auf der Website unterzubringen.

Die Verwaltung nahm diesen Hinweis zur Kenntnis.

Im Ergebnis der Diskussion zog **Frau Woellert** den Antrag zurück.

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft bittet den Bürgermeister, ein Konzept für die Redaktion des Stadtanzeigers, nach

dem künftig nicht nur die Tagesordnung der Bürgerschaftssitzung abgedruckt wird, sondern sachberichtet wird, was aus den einzelnen Tagesordnungspunkten geworden ist. Das Ergebnis soll der Bürgerschaft bis zum Ende des ersten Quartals 2025 zugehen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wurde zurückgezogen.

Zu 6.2. Wahlwerbung nur noch an vorgesehenen Flächen der Stadt

vertagt

VOP/2025/0214

Herr Krumpen führte in die Thematik ein und zählte noch einmal die Einzelheiten auf, die der Verwaltungsausschuss am 03.03.25 in seiner Sitzung erarbeitet hatte.

Von Seiten der Verwaltung nahm **Herr Senator Berkhahn** zum Antrag Stellung. Er erinnerte daran, dass es bereits 2020 einen ähnlichen Antrag gab, der dann in einer Arbeitsgemeinschaft beraten wurde. Die Verwaltung rät davon ab, entsprechende Regelungen in der Sondernutzungssatzung festzuschreiben, sondern hält weiterhin an der Allgemein-Verfügung fest.

Wortmeldungen: Herr Schneider, Herr Gundlack, Herr Fuhrwerk, Herr Keßler, Frau Woelert

Folgende Fragen wurden gestellt:

- Woher kommen die Bedenken der Verwaltung?
- Wieviel Klagen hat es denn bisher gegeben?

Herr Senator Berkhahn ging auf die Fragen ein.

Es gibt den Wunsch, die Sondernutzungssatzung zu ergänzen. Daher waren sich die Mitglieder weitestgehend einig, dass von den Vorgaben, wie sie in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 03.03.2025 herausgearbeitet wurden, nicht zurückgewichen werden sollte. Es geht nach wie vor darum, dass zusätzlich der Altstadttring und die Hochbrücke in Gänze aus der Plakatierung genommen wird und die Plakatierung in den Wohngebieten eingeschränkt wird.

Weitere Fragen wurden gestellt:

- Was davon entfaltet eine rechtsverbindliche Wirkung für die Werbenden?
- Was davon könnte einen empfehlenden Charakter haben?

Herr Senator Berkhahn wird das Thema mitnehmen und juristisch prüfen, wie das Verhältnis der Sondernutzungssatzung zur Allgemein-Verfügung ist. Die Verwaltung wird dazu voraussichtlich einen Bericht/Antwort im System Allris fertigen.

Der Antrag soll noch einmal in den Fraktionen beraten werden und zum gegebenen Zeitpunkt im Ausschuss zur Beratung wieder auf die Tagesordnung genommen werden.

Beschluss:

Die Bürgerschaft beauftragt den Bürgermeister der Hansestadt Wismar mit einer Überarbeitung der Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen in der Hansestadt Wismar (Sondernutzungssatzung) im § 7 Wahlwerbung.

Ziel der Änderung ist eine Eindämmung der Wahlwerbeflut an öffentlichen Straßen und Wegen. Stattdessen sollen an relevanten Stellen der Stadt Flächen zur Plakatierung von Wahlwerbung vorgesehen werden.

Der Vorschlag für die Satzungsänderung soll im Verwaltungsausschuss vorberaten werden.

Abstimmungsergebnis:
Der Antrag wurde vertagt.

Zu 6.3. Kostenfreies Parken für Schwerbehinderte mit blauem EU-Parkausweis auf beschränkten Parkplätzen
zur Kenntnis genommen
VOP/2025/0225

Herr Brüggert (CDU-Fraktion) führte in die Thematik des Antrages ein und nannte verschiedene Parkplätze z.B. den Parkplatz in der Turmstraße oder das Parkhaus am Alten Hafen, um Menschen mit Einschränkungen bessere Möglichkeiten zu schaffen. In Trassenheide und Langenhagen sei die kostenlose Nutzung solcher beschränkten Parkplätze für Schwerbehinderte mit blauem EU-Parkausweis zum Beispiel mit einem QR-Code möglich.

Herr Senator Berkhahn nahm von Seiten der Verwaltung zum Antrag Stellung und informierte darüber, wie derzeit andere Städte verfahren (Rostock, Stralsund, Greifswald ...). Die Verwaltung hat auch bereits recherchiert, wie in Trassenheide verfahren wird. Des Weiteren überprüft die Verwaltung momentan die Technik des beschränkten Parkplatzes in der Turmstraße. In seinem Vortrag verwies Herr Senator Berkhahn auf einen Bericht/Antwort vom 25.02.2025. Zur Zeit gibt es keinen EU-weiten einheitlichen QR-Code. Vor dem Hintergrund der Gleichbehandlung sollte für Wismar keine Sonderlösung geschaffen werden. Die Frage der Einführung eines QR-Codes wird geprüft. Es gibt eine Arbeitsgemeinschaft, in welcher die HWI Mitglied ist. Sofern es hier weitere Informationen gibt, wird die Verwaltung diese dem Ausschuss zur Verfügung stellen.

Danach folgte die **Diskussion:**

Wortmeldungen: Herr Krumpen, Frau Woellert, Herr Schneider, Herr Fuhrwerk

Folgende Fragen wurden gestellt:

- Wie viele Menschen sind betroffen?
- Wie viele Parkplätze für Menschen mit Einschränkungen stehen schon jetzt zur Verfügung?
- Hat die HWI mehr oder weniger Behinderten-Parkplätze im Vergleich zu anderen ähnlich großen Städten?

- Vielleicht kann die HWI, bevor ein zu großer technischer Aufwand betrieben wird, weitere Behinderten-Parkplätze öffnen oder einrichten aus bereits vorhandenen Parkplätzen?
- Wo könnten Alternativen entstehen?
- Wurde schon der Kontakt zum Hersteller der Schrankenanlage gesucht?

Herr Berkhahn teilte mit, dass sich die Verwaltung derzeit diesen Dingen widmet, um Lösungen zu finden.

Da sich die Verwaltung diesem Thema bereits aktiv stellt und es keinen weiteren Diskussions- und Beratungsbedarf unter den Mitgliedern gab, wurde über den Antrag nicht abgestimmt. Die Mitglieder nahmen den Antrag der CDU-Fraktion **zur Kenntnis**.

Beschluss:

Die CDU-Fraktion beauftragt den Bürgermeister zu prüfen, ob und wie das kostenfreie Parken für Menschen mit Schwerbehinderung und einem gültigen blauen EU-Parkausweis auf beschränkten Parkplätzen in der Hansestadt Wismar, beispielsweise in der Turmstraße, ermöglicht werden kann. Wir bitten dabei u.a. folgende Aspekte zu berücksichtigen:

1. Technische Möglichkeiten zur Anpassung der Schrankenanlagen
2. Technische Möglichkeiten zur Hinterlegung des EU-Parkausweises beispielsweise mittels QR-Code auf den Parkplätzen
3. Erfahrungen anderer Städte mit ähnlichen Regelungen

Es sollen hierbei auch mögliche alternative Lösungsansätze berücksichtigt werden, falls eine vollständige Umsetzung nicht realisierbar sein sollte.

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung; zur Kenntnis genommen.

Zu 6.4. Toiletteninfrastruktur in der Hansestadt Wismar zur Kenntnis genommen VOP/2025/0240

Frau Woellert (Fraktion liberale Liste FDP) nahm zum Antrag Stellung und teilte mit, dass sie den Antrag als bearbeitet sieht.

Herr Raap informierte darüber, dass diese geforderte Liste bereits existiert. Zum Teil ist somit die Anfrage bereits beantwortet. Die anderen noch fehlenden Aspekte wird die Verwaltung im Juni ergänzen.

Weiterer Beratungs- und Diskussionsbedarf wurde durch die Mitglieder nicht gesehen. Da der

Antrag als erledigt angesehen wurde, wurde auf eine Abstimmung verzichtet. Der Antrag wurde **zur Kenntnis genommen**.

Beschlussvorschlag:

Der Bürgermeister wird gebeten, der Bürgerschaft bis zur Sitzung im Juni 2025 eine Bestands- und Bedarfsanalyse für öffentlich betriebene und öffentlich zugängliche Toiletten in der Hansestadt Wismar vorzulegen. Dieses soll mindestens folgende Kriterien enthalten:

- Aktuelle Standorte,
- Zustandsbeschreibung des jeweiligen Toilettenobjektes,
- Investitions- und Instandhaltungsbedarf pro bestehendes Objekt
- Abstände der Standorte untereinander und Angebotslücken
- Öffnungszeiten des jeweiligen Objekts
- Preis für die Nutzung
- Sicherheit
- Hygieneaspekte, Reinigungshäufigkeit,
- Wirtschaftlichkeit
- Prüfung alternativer Bewirtschaftungs- und Finanzierungsmodelle
- Möglichkeit eventueller Konzessionsverträge
- Möglichkeit der Finanzierung über Werbeverträge
- Zustand und Aktualität der Ausschilderung innerhalb der Innenstadt

Weiterhin soll die Bestands- und Bedarfsanalyse Maßnahmen aufzeigen, um Angebotslücken schnellstmöglich zu schließen.

Die Bestands- und Bedarfsanalyse sollte so aufgebaut sein, dass diese regelmäßig fortgeschrieben wird.

Für die Erstellung des Konzeptes sind Interessenvertreter aus den Bereichen Senioren, Jugend, Menschen mit Behinderung, Tourismus, etc., einzuladen und zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung; zur Kenntnis genommen.

Zu 6.5. Bestellung einer Gleichstellungsbeauftragten

ungeändert beschlossen

VO/2025/0292

Von Seiten der Verwaltung führte **Herr Ohlerich** in die Vorlage ein. **Frau Steffan** ergänzte die Aussagen und teilte mit, dass sie Ihre Tätigkeit gern weiterführen möchte. Nach der Einführung der Verwaltung folgte die **Diskussion:**

Wortmeldungen: Herr Schneider, Frau Steffan, Herr Brüggert, Herr Ohlerich, Herr Krumpen, Herr Keßler

Folgende Fragen wurden gestellt:

- Sind Ihnen Fälle von Genitalverstümmelungen bei Frauen bekannt geworden? Sehen Sie Handlungsbedarf? Haben Sie sich dieses Themas angenommen? Ist das hier schon mal vorgekommen?

Frau Steffan beantwortete die Fragen. Danach verließ sie den Sitzungsraum.

Weitere Fragen wurden gestellt:

- Auf der Stelle sind 2 Aufgaben verortet Gleichstellung und Willkommenskultur: Gibt es eine prozentuale Aufteilung der Tätigkeiten? Wie ist das gelöst? Gibt es Bestrebungen, die Eingruppierung anzupassen?

Herr Ohlerich beantwortete die Fragen.

Diskutiert wurde die Frage, ob 3 Amtsperioden mehr als genug seien und ob die Stelle neu besetzt werden sollte. Die meisten Mitglieder waren aber für die Weiterführung der Stelle durch Frau Steffan, da sie mit guter Arbeit überzeugen konnte.

Herr Krumpen ließ über die Vorlage abstimmen:

Beschluss:

Die Bürgerschaft bestellt Frau Petra Steffan gem. § 12 Abs. 1 der Hauptsatzung der Hansestadt Wismar in Verbindung mit § 41 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern für die Dauer von fünf Jahren zur Gleichstellungsbeauftragten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: 0

Zu 7. Sonstiges

1. Sachstand zur Einführung der „Beschlusskontrolle“

Herr Ohlerich teilte Folgendes mit:

- Ein Angebot wurde erörtert gemeinsam mit Vertretern des Zweckverbandes eGo M-V.
- Das Angebot wurde angenommen und ein Auftrag ausgelöst.
- Eine entsprechende Software wird implementiert.
- Die Beschlussverfolgung wird dann aktiviert. Insbesondere können dann die Anträge aus der Politik nachverfolgt werden. Die Vorlagen der Verwaltung sind nicht betroffen.
- Die Anträge, die nicht abgearbeitet wurden, werden jährlich zusammengefasst.

Herr Krumpen fasste die Sichtweise des Ausschusses zusammen: Alle Anträge der Politik und auch alle Vorlagen der Verwaltung sind in die Beschlusskontrolle aufzunehmen.

Der Ausschuss nimmt folgende Information zur Kenntnis: Die Beschlusskontrolle

startet für die Zukunft. Eine rückwirkende Aufarbeitung mit dem neuen Modul findet nicht statt. Alle noch offenen Beschlüsse, sollten entsprechend gekennzeichnet sein.

2. Bürgeranfragen

Herr Holst teilte mit, dass Bürgeranfragen die SPD-Fraktion erreichten. Es geht darum, dass die Straße Am Ring in Dargetzow verstärkt durch die Polizei kontrolliert werden möge, weil es dort häufiger vorgekommen ist, dass die Strecke zum Rennfahren genutzt wurde. Er bat darum, dies zum Ordnungsamt durchzustellen, damit dieses mit der Polizei Kontakt aufnimmt.

3. Nachfrage zum BürgerServiceCenter

Herr Holst kam auf den Umstand zu sprechen, dass das Foto für den Personalausweis ab Mai 2025 digital vorliegen muss. Wie ist hier der Umsetzungsstand? Ihm war bei der Buchung eines Termins aufgefallen, dass kein Hinweis erfolgte bezüglich des digitalen Fotos. Zu dieser Rechtsänderung konnte er auch keinen Hinweis auf der Website der HWI finden.

Die Verwaltung informierte über den Stand der Einrichtung und dass der Hinweis tatsächlich bei der Buchung eines Termins erfolgt.

Herr Schneider erkundigte sich, ob die digitalen Fotos dann vor Ort im BürgerServiceCenter gemacht werden. Dies bejahte die Verwaltung.

4. Tempo-Hinweis-Schild 50

Herr Krumpen machte in Dargetzow auf einen Umstand aufmerksam und erkundigte sich, warum das Tempo-Hinweis-Schild (50) an der Ortseinfahrt Dargetzow hinter der 1. Einfahrt steht und nicht vor der 1. Einfahrt? Besser wäre nach Auffassung von Herrn Krumpen, das Schild ein paar Meter vorher aufzustellen.

Die Verwaltung wird diesen Umstand prüfen.

Öffentlicher Teil

Zu 10. Schließen der Sitzung

Herr Krumpen schloss die Sitzung um 20.10 Uhr.

Vorsitz:

Beisitzer/in:

Protokollführung:

Horst Krumpen

Ute Benter

